

Vorlage Nr. 95
für die Sitzung der
Deputation für Kultur
(staatlich)
am **28. November 2017**

„Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH“ - aktueller Sachstand

A Problem

Der Deputation für Kultur wurde zu ihrer Sitzung am 16. Mai 2017 umfassend über die beabsichtigte Gründung einer Koordinierungsstelle in Form einer gemeinnützigen GmbH der Länder Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen zur Neuaufstellung der länderübergreifenden Förderung der niederdeutschen Sprache berichtet. Der Senat hat der Gründung und Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen an der „Länderzentrum für Niederdeutsch gGmbH“ mit Beschluss vom 22. August 2017 zugestimmt. Die Deputation für Kultur und der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) haben dem jeweils im Umlaufverfahren im September 2017 ebenfalls zugestimmt.

Der Abgeordnete Rohmeyer (CDU) bat auf der Deputationssitzung am 17. Oktober um einen aktuellen Sachstandsbericht hinsichtlich der Gründung des Länderzentrums für Niederdeutsch und zur Zukunft des ISN beziehungsweise über eventuell beabsichtigte Kooperationen mit dem Länderzentrum.

B Lösung

Das Verfahren der Gesellschaftsgründung wird von der Senatorin für Finanzen federführend betreut. Die notarielle Beurkundung der Gesellschaft ist für November vorgesehen, daran schließt sich unmittelbar die konstituierende Sitzung der Gesellschafterversammlung an, die einen Interimsgeschäftsführer ernennen wird. Dessen Aufgabe wird es sein, den Gründungsprozess formal abzuschließen und die notwendige Eintragung ins Handelsregister vornehmen zu lassen sowie die Büroräume anzumieten und auszustatten. Der Interimsgeschäftsführer leitet die GmbH bis zum Antritt der/des Geschäftsführers/in. Das Gründungskapital wird umgehend der Gesellschaft durch die Länder zugeführt, die Liquidität der Gesellschaft wird gesichert. Damit ist frühzeitig die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft gewährleistet.

Die vier Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft werden von den jeweiligen Ländern benannt. In Bremen ist hierzu einen Senatsbeschluss erforderlich, der von der Senatorin für Finanzen

vorbereitet wurde und mittlerweile auch erfolgte. Die anderen Länder melden ihre Vertreter/innen im Aufsichtsrat direkt bei der Senatorin für Finanzen.

Parallel zum Gründungsprozedere wurde bereits am 16. Oktober 2017 die Stelle des/der Geschäftsführers/in ausgeschrieben. Ziel ist die Besetzung zum Jahresbeginn 2018. Die Bewerbungsfrist endete am 8. November. Die Auswahlkommission hat sich im November konstituiert und wird kurzfristig die Bewerbergespräche durchführen. Die Ausschreibung der Stellen für weitere zwei Mitarbeiter/innen schließt sich daran an und bindet die/en zukünftige/n Geschäftsführer/in ein.

Die Besetzung des geplanten Beirates wird Anfang 2018 in den Gremien der GmbH besprochen und entschieden werden.

Wie bereits in der Sitzung am 16. Mai 2017 der Deputation berichtet, sollen die von den vier Geberländern bisher bereit gestellten Mittel, im Falle Bremens in Höhe von 80.000 €, auch zukünftig für die Zusammenarbeit der Länder bei der Förderung der niederdeutschen Sprache eingesetzt werden. Das Kulturressort beabsichtigt, wie die entsprechenden Ressorts der anderen beteiligten Länder auch, die Mittel in voller Höhe für das Länderzentrum zur Verfügung zu stellen. Sie sind im Haushaltsentwurf 2018/19 eingeplant.

Der Senator für Kultur hat, wie bereits am 16. Mai 2017 der Deputation berichtet, vorbereitende Gespräche mit dem INS über einen möglichen Kooperationsvertrag mit dem „Länderzentrum für Niederdeutsch“ bezüglich der Bibliothek des Vereins geführt. Das INS hat sich dazu bisher nicht abschließend verhalten. Ein eventueller Abschluss einer Kooperation kann, wenn vom Länderzentrum gewünscht, in den Organen der GmbH weiter mit den INS beraten werden. Auch mit der Frage eventueller weiterer Kooperationen zwischen dem INS und dem Länderzentrum für Niederdeutsch – wie in gleicher Weise auch mit anderen Einrichtungen, die im Bereich des Niederdeutschen tätig sind – werden sich zu gegebener Zeit das Länderzentrum und seine Gremien befassen und final entscheiden.

Eine gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten des INS im Schnoor mit dem Länderzentrum kommt aktuell nicht in Betracht. Weder erfüllen die Räumlichkeiten gegenwärtig die Anforderungen der Barrierefreiheit an öffentliche Einrichtungen – behinderte Menschen müssen das Länderzentrum sowohl als Mitarbeiter/innen wie als Besucher/innen erreichen können – noch ist dort hinreichend Platz für die Mitarbeiter/innen des INS e.v. und der davon getrennten gGmbH „Länderzentrum für Niederdeutsch“.

Das INS ist ein privatrechtlicher eigenverantwortlich handelnder Verein, keine öffentliche Institution. Das Auslaufen der Förderung durch die vier bisherigen Geberländer zum Jahresende 2017 ist dem Verein seit Mai 2016 bekannt. Damit wurde dem Verein genügend Zeit gegeben, auf die veränderte finanzielle Situation reagieren zu können. Nach Kenntnis des Senators für Kultur beabsichtigt der Verein, auch ohne diese Förderung fortzubestehen und im Sinne der Pflege des Niederdeutschen weiterhin mit seinen Mitarbeiter/innen in seinem Domizil im Schnoor zu arbeiten. Der Senator für Kultur begrüßt dieses große bürgerschaftliche Engagement des Vereins, der sich damit einer neuen Herausforderung stellt. Wie dies geschieht und auf welcher finanziellen Grundlage, ist jedoch allein Sache des Vereins. Der Senator für Kultur hat in eventuell dazu ergangene Beschlüsse des Vereins keinen Einblick. Eine Übernahme des Vereinsbetriebs durch das Länderzentrum – weder des sächlichen Vermögens noch der Mitarbeiter/innen – ist und war nie Gegenstand von Gesprächen mit dem INS und auch von keiner Seite beabsichtigt.

C Finanzielle Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Vorlage ist ein Bericht und hat keine finanziellen Auswirkungen.

Die Vorlage selbst weist als Bericht keine geschlechtsspezifischen Aspekte auf. Bei der Besetzung des Aufsichtsrates haben sich die Länder darauf verständigt möglichst Geschlechterparität herzustellen. Die Förderung des Niederdeutschen richtet sich an Frauen und Männer gleichermaßen.

D Beschlussvorschlag

Die Deputation nimmt den Bericht zum aktuellen Stand der Gründung des Länderzentrums für Niederdeutsch gGmbH zur Kenntnis.